



Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz e.V. (BBU), Prinz-Albert-Str. 55, 53113 Bonn
Tel.: 0228 / 21 40 32, Fax: - 33, Email: BBU-Bonn@t-online.de, Homepage: www.BBU-online.de
Facebook: www.facebook.com/BBU72
Der BBU ist anerkannt nach § 3 UmwRG (Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz)

BBU-Newsletter

15. Jahrgang, Nummer 01 / 2018

Liebe Leserinnen und Leser,

seit sieben Jahren sind die Menschen im Bereich des AKW Fukushima – und weit darüber hinaus – den Folgen der AKW-Katastrophe vom 11. März 2011 ausgesetzt. Und auch bei uns bekommen wir mit, wie hilflos letztlich die Versuche in Japan sind, das atomare Dilemma in den Griff zu bekommen. Und bei uns? Noch immer sind AKW in Betrieb und produzieren Atommüll, in Gronau und Lingen sind Uranfabriken ohne Laufzeitbegrenzung am Netz und produzieren Nuklearbrennstoff für AKW in aller Welt und Atomtransporte mit Sonderzügen, mit LKW und sogar mit Schiffen gefährden vielerorts die Bevölkerung (ohne dass sie etwas davon bemerkt). Vom Chaos im Umgang mit dem Atommüll ganz zu schweigen. So bleibt es immer wieder wichtig, zum Fukushima-Jahrestag, aber auch bei anderen Anlässen, auf die Straße zu gehen. Kernforderung bleibt: Sofortige Stilllegung aller Atomanlagen. Überall!



Der BBU setzt sich seit fast 50 Jahren mit Nachdruck gegen die Atomindustrie zur Wehr. Der BBU unterstützt Bürgerinitiativen bei ihrer Arbeit vor Ort, informiert die Medien und die Bevölkerung und plant und unterstützt Protestaktionen. Dabei ist der BBU selber auf Unterstützung angewiesen. Kleine und große Spenden sind für uns ebenso wichtig wie auch notwendig - jeder Euro hilft: BBU-Spendenkonto: Sparkasse Köln/Bonn, IBAN: DE62 3705 0198 0019 00 26 66, SWIFT-BIC: COLSDE33.

Der BBU-Vorstand, die BBU-Geschäftsstelle und die BBU-Newsletter-Redaktion wünschen allen BBU-Mitgliedern sowie allen Freundinnen und Freunden des BBU eine möglichst grippefreien Winterausklang. (Foto: Anti-Atomkraft-Demonstration in Lingen, 09.09.2017)

Aus Vorstand und Geschäftsstelle

Aktuelle Informationen des BBU ...

... findet man immer unter <https://www.facebook.com/BBU72>. Und bei konkreten Fragen einfach eine E-Mail an den BBU senden. .

Themenbereiche

Atomenergie

Pannenserie im AKW Lingen 2 geht 2018 weiter – überregionale Proteste auch!

Die Pannenserie im Atomkraftwerk Lingen 2 geht auch im Jahr 2018 weiter. Das Umweltministerium in Hannover gab am Mittwoch (10. Januar 2018) bekannt, dass am 4. Januar 2018 „an Entwässerungsventilen des nuklearen Abwassersystems beschädigte Membranen vorgefunden“ wurden. Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) erinnert an die besonderen Vorkommnisse, die im Herbst 2017 im Atomkraftwerk Lingen 2 bekannt wurden und bekräftigt seine Forderung nach sofortiger Stilllegung des AKW Lingen 2.

Der Weiterbetrieb des AKW in der Nähe der niederländischen Grenze bis Ende 2022 ist aus Sicht des BBU nicht hinnehmbar.

Aus einer BBU-Pressemitteilung vom 11.01.2018. Vollständiger Text unter

<http://bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202018/11.01.18.pdf>

Zunächst kein Atommüll von Jülich nach Ahaus / Zukunft der Langzeit-„Zwischen“-Lager

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) begrüßt es, dass derzeit keine Einlagerung von Atommüll aus Jülich in Ahaus droht. Dennoch ruft der BBU zur Wachsamkeit auf: „Das letzte Wort zum Verbleib des umstrittenen Jülicher Atommülls ist noch nicht gesprochen und die Möglichkeit des Exportes in die USA ist nicht vom Tisch“, so BBU-Vorstandsmitglied Udo Buchholz.

Zur Situation in Ahaus schreibt die Bürgerinitiative „Kein Atommüll in Ahaus“ in einer Pressemitteilung vom 15.01.2018: „Freude und zugleich Skepsis bei der Bürgerinitiative "Kein Atommüll in Ahaus": Die Aussetzung des Sofortvollzugs für die Einlagerung von Atommüll aus Jülich bedeutet zunächst einmal einen Zeitgewinn, denn die Klage der Stadt Ahaus und von Theo Schwarte gegen die Genehmigung hat nunmehr aufschiebende Wirkung. Jedoch ist nicht automatisch davon auszugehen, dass diese anhält, bis über deren Klage in der Hauptsache entschieden ist.“

Aus einer BBU-Pressemitteilung vom 16.01.2018. Vollständiger Text unter

<http://bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202018/16.01.18.pdf>

Evakuierungen in AKW – BBU fordert Stilllegung

Nach der Evakuierung mehrerer Atomkraftwerke (AKW) am Montag (19.02.2018) hat der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) erneut die sofortige Stilllegung aller Atomkraftwerke und Uranfabriken gefordert. Anlass der AKW-Räumungen war der unterbrochene Funkkontakt zu einem Passagierflugzeug, das auf dem Weg von Aberdeen nach Frankfurt am Main war. Als Folge wurde der sogenannte Renegade-Alarm ausgelöst. Betroffen waren laut Medienberichten u. a. die Atomkraftwerke Brokdorf, Grohnde und Lingen sowie das abgeschaltete AKW Unterweser.

https://www.weser-kurier.de/region/niedersachsen_artikel,-niedersachsens-kernkraftwerke-nach-tippfehler-im-flugzeug-evakuiert-arid_1702490.html

<http://www.haz.de/Nachrichten/Der-Norden/Uebersicht/Renegade-Fall-Atomkraftwerke-in-Niedersachsen-geraeumt>

Bürgerinitiativen und Umweltverbände wie der BBU warnen schon lange davor, dass Atomkraftwerke und sonstige Atomanlagen das Ziel eines gezielten Flugzeugangriffes werden könnten.

Aus einer BBU-Pressemitteilung vom 22.02.2018. Vollständiger Text unter

http://www.scharf-links.de/42.0.html?&tx_ttnews%5Btt_news%5D=64215&cHash=7a4023263b

Ministerpräsident Weil wird mit Forderung nach Stilllegung der Atomanlagen in Lingen konfrontiert

Anlässlich einer internen SPD-Veranstaltung in Nordhorn (Landkreis Grafschaft Bentheim / Niedersachsen) wurde am Wochenende der niedersächsische Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) mit der Forderung nach sofortiger Stilllegung des Atomkraftwerkes Lingen 2 sowie der benachbarten Brennelementefabrik in Lingen konfrontiert.

Vor Beginn der Veranstaltung konnte Christina Burchert vom Arbeitskreises Umwelt (AKU) Schüttorf mit Ministerpräsident Weil sprechen und ihm im Namen von mehr als 300 Initiativen, Verbänden und Parteigliederungen die Lingen-Resolution übergeben. In der Resolution wird die sofortige Stilllegung der beiden emsländischen Atomanlagen gefordert. Ministerpräsident Weil versprach die Resolution zu lesen.

Aus einer gemeinsamen Pressemitteilung des AKU Schüttorf und des BBU vom 25.02.2018. Vollständiger Text unter <http://blixxm.de/anti-atom-buendnis-fordert-von-stephan-weil-stilllegung-des-akw-lingen>

Proteste gegen Urantransporte in mehreren Bundesländern

Am Wochenende wurden in mehreren Städten Protestaktionen gegen Urantransporte durchgeführt. Anti-Atomkraft-Initiativen hatten zur Teilnahme an Mahnwachen aufgerufen, um auf die Gefahren der zahlreichen Urantransporte aufmerksam zu machen. Gleichzeitig richteten sich die Proteste generell gegen die Nutzung der Atomenergie. So wurde z. B. in Hamburg mit Straßentheater gegen Urantransporte protestiert, in Münster und Bonn mit Mahnwachen. In Rheinland-Pfalz wurde in Regionalzügen der Moselstrecke auf die Gefahren der Urantransporte hingewiesen. Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) solidarisiert sich mit den Protesten und unterstützt die Forderung nach dem Verbot von Uran- und sonstigen Atomtransporten.

Aus einer BBU-Pressemitteilung vom 25.02.2018. Vollständiger Text unter [https://www.l-](https://www.l-iz.de/melder/wortmelder/2018/02/Proteste-gegen-Urantransporte-in-mehreren-Bundeslaendern-207213)

[iz.de/melder/wortmelder/2018/02/Proteste-gegen-Urantransporte-in-mehreren-Bundeslaendern-207213](https://www.l-iz.de/melder/wortmelder/2018/02/Proteste-gegen-Urantransporte-in-mehreren-Bundeslaendern-207213)

BBU kritisiert fehlende Eichpflicht für Geräte zur Messung von Radioaktivität

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) kritisiert mit Nachdruck die fehlende Eichpflicht für Geräte zur Messung von Radioaktivität. Dem BBU liegen (über seine Mitgliedsgruppe Initiative AtomErbe

Obrigheim) Informationen vor, dass die „Freimessung“ von radioaktivem Material aus dem Abbau von Atomkraftwerken in Baden-Württemberg mit Messgeräten vorgenommen wird, die nicht geeicht sind. Hintergrund ist, dass eine Eichung nicht vorgeschrieben ist. Der BBU wird beim Bundesumweltministerium nachfragen, ob die Überprüfung des Abbaumaterials von Atomanlagen in anderen Bundesländern mit geeichten Messgeräten vorgenommen wird.

Aus einer BBU-Pressemitteilung vom 07.03.2018. Vollständiger Text unter

<https://www.lifepr.de/inaktiv/bundesverband-buergerinitiativen-umweltschutz-ev/BBU-kritisiert-fehlende-Eichpflicht-fuer-Geraete-zur-Messung-von-Radioaktivitaet/boxid/697434>

7 Jahre nach Fukushima - BBU fordert Sofortausstieg! Bundesweit Gedenk- und Protestveranstaltungen

Anlässlich des 7. Jahrestages des Beginns der Atomkatastrophe in Fukushima (Japan, 11. März 2011) ruft der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) bundesweit zur Teilnahme an Gedenk- und Protestveranstaltungen rund um den Jahrestag auf. „Die Katastrophe und ihre anhaltenden Folgen dürfen nicht in Vergessenheit geraten. Das Mitgefühl des BBU gilt den betroffenen Menschen in Japan. Und in der Bundesrepublik muss der Atomausstieg endlich richtig und umfassend vollzogen werden“, fordert BBU-Vorstandsmitglied Udo Buchholz. Dreckiger Kohlestrom darf dabei keine Alternative zum Atomstrom sein. „Die Zukunft gehört der Solarenergie und der Windkraft“.

Der BBU weist darauf hin, dass besonders Initiativen im Bereich von Atomanlagen und von Atommüll-Lagern mit vielfältigen lokalen Veranstaltungen an die Fukushima-Katastrophe erinnern und einen umfassenden Atomausstieg einfordern. Der Weiterbetrieb von Atomkraftwerken bis z. T. Ende 2022 ist unverantwortlich und auch die sonstigen Atomanlagen wie die Uranfabriken in Gronau und Lingen müssen sofort stillgelegt werden.

Hier eine unvollständige Übersicht lokaler und überregionaler Aktivitäten:

10.03., Berlin, Kazaguruma-Demonstration, 13 Uhr, Brandenburger Tor / Pariser Platz

10.03., Gronau, Mahnwache, 12.00 – 13.00 Uhr, Neustraße (vor „Bruno Kleine“)

10.03., Landshut, Filmvorführung zum Thema Atommüll, 17 Uhr, Landshuter Umweltmesse, Niedermayerstraße 100

10.03., Mosbach, Mahnwache, 11.30 Uhr – 12.00 Uhr, Kirchplatz

11.03., Bonn, Filmvorführung über Fukushima, 11.00 Uhr, Neue Filmbühne, Friedrich-Breuer-Straße 68-70

11.03., Gorleben, Sonntagsspaziergang am Bergwerksgelände, 13.00 Uhr

11.03., Lingen, Mahnwache, 18.00 – 18.30 Uhr, Altes Rathaus, Marktplatz

11.03., Münster, Filmvorführung über Fukushima, 12.00 Uhr, Cinema, Warendorfer Str. 45

11.03., Neckarwestheim, überörtliche Demonstration zum Atomkraftwerk, 13.00 Uhr ab Bahnhof Kirchheim / Neckar

12.03., Dannenberg, Mahnwache, Kundgebung und Treckerkonvoi, 18.00 Uhr, Marktplatz

13.03., Hamburg, Infoveranstaltung über die Gefahren der Atomtransporte, 19.00 Uhr, Centro Sociale, Raum Kubus, Sternstr. 2, Ecke Neuer Kamp

18.03., Ahaus, Kundgebung, 14.00 Uhr, Innenstadt / am Mahner

Weitere Informationen: <https://www.facebook.com/BBU72>

Europäischer Brücken-Aktionstag gegen Atomgefahren

Zudem findet am Samstag, 10.03., eine international vernetzte Aktion statt, in deren Rahmen in vielen Städten auf Autobahnbrücken mit Transparenten und Anti-Atomkraft-Fahnen demonstriert wird. Damit soll auf die europäische Bedrohung durch die Nutzung der Atomkraft und deren Gefahren (GAU, Terrorgefahren, Verlängerung der Laufzeiten, Ausbau von AKWs etc.) hingewiesen werden. In der Bundesrepublik gibt es dabei Aktionen u. a. auf Brücken in Berlin, Freiburg, Karlsruhe, Saarbrücken und Trier. Auch in Belgien und Frankreich finden Brückenproteste statt. <http://chaineumaine.fr/aufruf-zum-europaischen-bruckentag>

Mit diesen und vielen weiteren Aktionen soll verdeutlicht werden, dass kein weiterer Atommüll, für den es weltweit keinen sicheren Platz gibt, produziert werden darf. Mit der notwendigen Stilllegung der AKW und Atomanlagen wird das Risiko großer Katastrophen reduziert, deren Wahrscheinlichkeit steigt, weil die Anlagen schon alle sehr alt sind.

Über die konkreten Folgen der Atomkatastrophe in Japan schreibt Kazuhiko Kobayashi aus Tokyo: „Aber die Regierung will für die aus Fukushima geflohenen Mütter und Kinder kein Geld ausgeben. Sie holt sie sogar mit allen gemeinen psychischen und physischen Druckmitteln und Tricks wieder in Fukushima zurück. So sind von den aus Fukushima geflohenen 17,895 Kindern mehr als Hälfte, nämlich 9,271 Kinder wieder in

Fukushima zurückgeholt worden, so bleiben nur noch 8,624 Kinder im Fluchtort außerhalb von Fukushima, deren Mütter trotz aller Schwierigkeiten weiterhin unbedingt ihre Kinder vor der atomaren Strahlungsgefahr schützen wollen.“ (Vollständiger Text, siehe unten). Der BBU hat in den letzten Jahren wiederholt Vortragsveranstaltungen mit Kazuhiko Kobayashi in der Bundesrepublik durchgeführt.
BBU-Pressemitteilung vom 08.03.2018

Zum 7. Fukushima-Jahrestag

Liebe Freundinnen und Freunde,

genauso wie jene grauenvollen Tage des Atombombenabwurfs über Hiroshima und Nagasaki mit unzähligen zivilen Opfern heute bei den meisten japanischen Bürgern längst in die Ferne der Vergessenheit gerückt sind, verschwindet ebenso der 11. März 2011 aus dem Bewußtsein von allermeisten Japanern. So bleiben nur noch leidende Opfer, insbesondere, geflohene Mütter und Kinder schutzlos dem ungerechten Schicksal ausgeliefert.

Nach Schätzung will die Regierung ca. 2000 Milliarden Yen (d.h. ca. 16 Milliarden Euro) für die Olympiade 2020 in Tokyo ausgeben, wobei ca. 450 Milliarden Yen (d.h. ca. 3,45 Milliarden Euro) als Einnahmen durch die Veranstaltung zu erwarten sind. Mit anderen Worten, 1550 Milliarden Yen (= ca. 11,92 Milliarden Euro), d.h. mehr als Dreiviertel der gesamten gigantischen Veranstaltungskosten werden aus den japanischen Steuern bezahlt. damit einige Industrien daran Geld verdienen.

Aber die Regierung will für die aus Fukushima geflohenen Mütter und Kinder kein Geld ausgeben. Sie holt sie sogar mit allen gemeinen psychischen und physischen Druckmitteln und Tricks wieder in Fukushima zurück. So sind von den aus Fukushima geflohenen 17,895 Kindern mehr als Hälfte, nämlich 9,271 Kinder wieder in Fukushima zurückgeholt worden, so bleiben nur noch 8,624 Kinder im Fluchtort außerhalb von Fukushima, deren Mütter trotz aller Schwierigkeiten weiterhin unbedingt ihre Kinder vor der atomaren Strahlungsgefahr schützen wollen. Dabei werden sie sogar immer mehr von den ahnungslosen Mitbürgern kalt belächelt, als ob sie die Schuldigen und Dummen wären!! So läuft alles in allem wie geplant und gewollt von der Regierung!!!

Wir, die freiwilligen, unterstützenden Mitbürger werden leider weniger, sind aber noch da und fühlen uns jetzt umso stärker mit den leidenden Opfern solidarisch gebunden.

Unsere Wut wird stärker und intensiver. Unser Verlangen nach der Gerechtigkeit wird größer und heftiger.

=====
An meinem Lebensabend habe ich nur noch einen Wunsch: Aus meiner innersten Seele heraus zu sprechen und nach meinem Gewissen zu handeln für die hilflosen, unschuldigen Kinder und für unsere einmalig kostbare, schöne und unersetzbare Erde, die nun weltweit immer mehr verseucht wird und schweigend um Hilfe ruft.
=====

Tokyo, am 08. März 2018
Kazuhiko Kobayashi

Fracking / Gasbohren

BBU warnt vor Sauegasbohrung Burgmoor Z 5 in Bahrenborstel durch Vermilion

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU e.V.) zeigt sich äußerst besorgt über die geplante Bohrung der Firma Vermilion Energy im niedersächsischen Bahrenbostel. Bei dieser Lagerstätte handelt es sich um ein Sauegas-Vorkommen, welches das toxische Gas Schwefelwasserstoff enthält. Damit sind erhebliche Gefahren für die Menschen und die Umwelt verbunden. Als Skandal bezeichnet der Umweltverband, dass das Vorhaben ohne Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) und ohne Öffentlichkeitsbeteiligung durchgeführt werden soll. Er fordert das Landesamt, für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG) auf, seine Entscheidung hierzu zu revidieren.

Die extreme Gefährlichkeit von Schwefelwasserstoff ergibt sich aus der Einstufung ‚Lebensgefahr bei Einatmen‘ im europäischen Chemikalienrecht. Zu der stofflichen Gefahr kommt der geringe Abstand zur Wohnbebauung hinzu. So weisen selbst die Unterlagen von Vermilion benachbarte Wohnhäuser in ca. 350 Meter und 800 Meter Abstand zur Bohrung auf. Demgegenüber hatte bereits Exxon in seinem Dialogprozess 2012 Abstände von über 1300 m ermittelt, bei denen bei einem worst-case-Szenario mit Schwefelwasserstoff noch tödliche Wirkungen auftreten. Daher ist von einer erheblichen Gefahr für die Menschen in der Umgebung der Bohrung auszugehen.

Aus einer BBU-Pressemitteilung vom 05.02.2018. Vollständiger Text unter

<http://www.bbu-online.de/presseerklaerungen/prmitteilungen/PR%202018/05.02.18.pdf>

Gentechnik

BBU fordert eine Einstufung von CRISPR-CAS als Gentechnik und Hochrisikotechnologie

Im Nachgang der Grünen Woche richtet der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) sein Augenmerk erneut auf die rasante Entwicklung der modernen Gentechnik und fordert eine kritische Auseinandersetzung mit den Risiken und Gefahren beim zunehmenden Einsatz dieser Techniken in der Landwirtschaft, der Tierzucht oder der Humanmedizin. Konkret fordert der BBU u. a. die Einstufung der CRISPR-CAS-Methode als Gentechnik und Hochrisikotechnologie durch das Bundesinstitut für Risikobewertung.

Aus einer BBU-Pressemitteilung vom 02.02.2018. Vollständiger Text unter

<http://bbu-online.de/presseerklaerungen/prmitteilungen/PR%202018/02.021.18.pdf>



Gewässerschutz

Wassersymposium zum Weltwassertag

Am 22. März 2018 findet in München ein Wassersymposium statt. Der BBU ist Mitveranstalter. „Dieses Symposium will den Stoff, aus dem wir alle sind, mit neuen Augen betrachten, um das Besondere und das Ungewöhnliche zu erfassen. Wasser verbindet und Wasser trennt. Hüter des Wassers werden als Weise verehrt oder als Terroristen dämonisiert. Hüter des Wassers werden verehrt und verfolgt.“ (Claus Biegert, Referent). Ausführliche Informationen zum Symposium unter

<https://www.yumpu.com/de/embed/view/OHVPFvxm4MjXdBk>

Klimaschutz

An der heutigen Mahnwache vor der NRW-Staatskanzlei in Düsseldorf haben sich rund 150 Personen beteiligt. Der Protest richtet sich gegen die schwachen und unverbindlichen Vereinbarungen der Groko-UnterhändlerInnen zum Atomausstieg, zum Braunkohle-Ausstieg und zum Klimaschutz. Die Initiativen und Verbände sind besonders verärgert über NRW-Ministerpräsident Armin Laschet (CDU), der zugleich Chefunterhändler der CDU bei den Groko-Verhandlungen in Berlin ist. Fakt ist, dass sich weder CDU und SPD dazu durchringen wollen, die selbstgesteckten Klimaschutzziele für 2020 durch eine dringend notwendige Stilllegung besonders dreckiger Kohlekraftwerke noch zu erreichen. Fakt ist auch, dass weder CDU und SPD bereit sind, zum Schutz der Bevölkerung den Atomausstieg in Deutschland zu beschleunigen und die Urananreicherung in Gronau sowie die Brennelementefertigung in Lingen zu beenden.

BBU-Pressemitteilung vom 06.02.2018

Tierversuche

Der BBU fordert von der Bundesregierung die sofortige Aufklärung und Sanktion zum Thema Tier- und Menschenversuche

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) verurteilt aufs Schärfste die jüngst bekannt gewordenen Versuche an Affen und Menschen durch die Europäische Forschungsvereinigung für Umwelt im Transportsektor (EUGT). Der BBU fordert von der Bundesregierung die unmittelbare, transparente und schonungslose Aufklärung des Diesellabgasskandals mit Tier- und Menschenversuchen, mit allen Beteiligten und allen justiziablen Konsequenzen. Dazu gehört für die Zukunft auch ein Mitsprache- und Vetorecht von Ethikkommissionen.

Aus einer BBU-Pressemitteilung vom 31.01.2018. Vollständiger Text unter

<http://bbu-online.de/presseerklaerungen/prmitteilungen/PR%202018/31.01.18.pdf>

Tongerfahren

Gesundheitsrisiko durch Drucker

Unter <https://www.arbeitssicherheit.de/themen/psa/detail/gesundheitsrisiko-durch-drucker.html> wird aktuell über die Gefahren der Tonerstäube berichtet. U. a. heißt es in dem Bericht: „Servicetechniker sind den Schadstoffen in erhöhtem Maße ausgesetzt und sollten immer Handschuhe aus Nitril und eine Atemschutzmaske tragen.“ Weitere Informationen zu diesem Thema unter <https://www.nano-control.org>. Die Stiftung nano-Control ist eine Mitgliedsorganisation des BBU.

Verkehrspolitik

mobilogisch 1/18 ist erschienen

„In der Spätwinter-Ausgabe (1/18) checken wir Klimapläne zum Verkehr. - Wir untersuchen das Gutachten des Umweltsachverständigenrates zum Klimaschutz im Verkehr mit dem Ergebnis: „wenig Sachverstand“. – Als Antwort auf einen positiven Beitrag zu Fahrradstraßen in der vorherigen Ausgabe meint unser Autor „Niemand braucht Fahrradstraßen!“. – Wie hat das Wien eigentlich bewerkstelligt, dass dort der Autoverkehr abnahm? - Wir untersuchen den ADAC-Zufriedenheits-Monitor und fragen uns, warum dort die Autofahrer/innen die unzufriedensten Menschen im Stadtverkehr sind. – Ein Team stellt ihr Master-Studierenden-Projekt vor, in der neben praktischen Planungswerkzeugen eine offensivere und politischere Planung für Stadtstraßen gefordert wird. – Wir diskutieren die Sinnhaftigkeit der polizeilichen Aufnahme der Unfallursache Nr. 64. - Weitere Beiträge, Rezensionen und die Satire-Kolumne „Kotflügel“ runden das Heft ab.“
Quelle: <http://www.umkehr.de>



Inhaltsverzeichnis:

<http://www.mobilogisch.de/aktuell/40-ml/archiv/256-februar-2018.html>

Fußverkehr
Check den Check!

Radverkehr
Niemand braucht
Fahrradstraßen!

Planung
Klimapläne für's
Wolkenskuckuckshelm

Unfälle
Die ominöse
Ursache Nr. 64

Bestellungen: <http://www.mobilogisch.de/bestellen.html>

A 565 / Bonn

Für die A 565 steht im Bereich von Bonn ein neues Planfeststellungsverfahren an. Wer sich bereits mit dem Thema befasst oder an einer Vernetzung interessiert ist (auch hinsichtlich anderer Straßenbauvorhaben), kann sich beim BBU melden. *Hintergrundinformationen:*

<http://www.general-anzeiger-bonn.de/bonn/stadt-bonn/Auffahrt-zur-A565-wird-l%C3%A4nger-bei-Tausendf%C3%BC%C3%9Fler-Sanierung-article3796758.html>

BBU begrüßt Dieselurteil und fordert Verkehrswende mit Verknüpfung sozial- und umweltpolitischer Aspekte

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) begrüßt grundsätzlich das vom Bundesverwaltungsgericht freigegebene Fahrverbot für Dieselfahrzeuge. Gleichzeitig betont der BBU, dass Fahrverbote keine grundlegende Verkehrswende ersetzen können. Der Verband unterstreicht weiterhin, dass keine Steuergelder für die Nachrüstung von Dieselmotoren ausgegeben werden dürfen und dass soziale Aspekte beim Themenkomplex Verkehrswende und Öffentlicher Personenverkehr Berücksichtigung finden müssen. Angesichts teurer Mieten in den Städten und fehlender Arbeitsplätze in ländlichen Regionen müssen in umfassenden Konzepten sozial- und umweltpolitische Themen verknüpft und schnellstmöglich umgesetzt werden.

Aus einer BBU-Pressemitteilung vom 02.03.2018. Vollständiger Text unter [http://www.scharf-links.de/42.0.html?&tx_ttnews\[ft_news\]=64326&tx_ttnews\[backPid\]=56&cHash=2763e62fe7](http://www.scharf-links.de/42.0.html?&tx_ttnews[ft_news]=64326&tx_ttnews[backPid]=56&cHash=2763e62fe7)

Termine

11.03.2018: 7. Jahrestag der Fukushima-Katastrophe

18.03.2018: Kundgebung in Ahaus <http://www.bi-ahaus.de>

18.03.2018: Rote-Line-Aktion im Hambacher Forst <http://zukunft-statt-braunkohle.de>

30.03. – 02.04.2018: Ostermärsche in Gronau und anderswo: <http://ostermarsch-gronau.de>,
<https://www.friedenskooperative.de/ostermarsch-2018>

26.04.2018: 32. Tschernobyl-Jahrestag

Weitere Terminhinweise unter <http://www.bbu-online.de/Termine/Termine.htm>

Impressum: BBU-Newsletter Nr. 01 / 2018, Hrsg.: BBU e.V., Prinz-Albert-Straße 55, 53113 Bonn. Redaktion: Udo Buchholz (UB), Vorstandsmitglied des BBU. Druck: Eigendruck und E-Mailversand über die Geschäftsstelle in Bonn. Der Preis des BBU-Newsletter (per Mail) ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Interessierte Nicht-Mitglieder können den Newsletter (als Datei) beim BBU anfordern. Der Newsletter erscheint monatlich. Nächster Redaktionsschluss ist der 18.03.2018. Beiträge von Mitgliedsinitiativen in Form von Artikeln, Pressemitteilungen oder Terminbekanntgaben werden möglichst bevorzugt veröffentlicht. Die Länge der Beiträge sollte 1800 Zeichen nicht überschreiten. E-Mail-Adresse der Redaktion: Buchholz@bbu-bonn.de. In der Betreff-Zeile bitte „Für den BBU-Newsletter“ vermerken.